

Die MEL-Geschädigten wehren sich

Bereits 1800 Anleger wollen den Kursabsturz der Meinl-European-Land-Zertifikate nicht akzeptieren. Eine Sammelklage ist in Vorbereitung.



Für die Anwälte ist u.a. nicht nachvollziehbar, warum sich MEL zwar am Anleihenmarkt fremdfinanziert hat, aber es nicht der Mühe wert gefunden hat, sich um die Einzahlung der ausstehenden Aktien zu kümmern.

- Hintergrund
 - [FMA: Wie richtig war die Information?](#)In die Meinl-Sache kommt Schwung: Die Finanzmarktaufsicht prüfte die Richtigkeit der Anleger-Informationen bei der European Land.
- Webtipp
 - www.kursverlust.atAnmeldung zur Sammelklage

Der Prozessfinanzierer AdvoFin, der eine Sammelklage gegen Meinl European Land (MEL) vorbereitet, stößt auf reges Anlegerinteresse. "Jeden Tag melden sich 30, 40, 50 bis zu 80 Leute", sagte AdvoFin-Chef Franz Kallinger. Der größte Teil der Interessenten seien österreichische Privatanleger, "inzwischen haben sich größere Geschädigte aus Deutschland gemeldet. MEL weist die Vorwürfe im Zusammenhang mit den umstrittenen Rückkäufen zurück.

Kallinger bestätigte einen Bericht des "WirtschaftsBlatts" (Freitagausgabe), der von mittlerweile 1800 Interessenten spricht, die sich über die originell benannte Internetseite "<http://www.kursverlust.at>" für die Sammelklage angemeldet haben. AdvoFin klagt auch für Anleger, die die MEL-"Aktien" (Zertifikate) verkauft und damit bereits Verluste realisiert haben.

Untersuchungen

Wie berichtet hatte die im britischen Jersey beheimatete Meinl European Land (MEL) knapp 30 Prozent der eigenen Anteilsscheine zugekauft. Nach dem Bekanntwerden der Transaktion war der Kurs von ungefähr 20 auf aktuell 9,23 Euro (Freitag 11.30 Uhr) abgestürzt. Untersuchungen der Finanzmarktaufsicht FMA und der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) wegen möglicher Verstöße gegen Börsegesetz bzw. Bankwesengesetz laufen.

Wann die Klage eingereicht wird, wollte Kallinger am Freitag ebenso wenig präzisieren wie die juristische Argumentation. Im Wesentlichen werde die Klage damit argumentieren, dass die Aktionäre nicht gleich behandelt worden seien. Wie berichtet sind rund 40 Prozent der Aktien so genannte "Partly Paid Shares", von denen nur ein Bruchteil der Nominale tatsächlich eingezahlt worden ist. Für die Anwälte ist u.a. nicht nachvollziehbar, warum sich MEL zwar am Anleihenmarkt fremdfinanziert hat, aber es nicht der Mühe wert gefunden hat, sich um die Einzahlung der ausständigen Aktien zu kümmern.

AdvoFin, das gegenwärtig auch 3000 geschädigte Anleger in der AMIS-Affäre vertritt, erhält im Falle eines Prozessenerfolgs einen Teil der zugesprochenen Entschädigung, üblicherweise um die 30 Prozent. Die genaue Beteiligungsquote soll nach Fertigstellung der Klage festgelegt werden.

Artikel vom 02.11.2007, 12:08 | apa | bib